



universität
wien

Exposé

Titel der Dissertation

„Abgabenrechtliche Verhaltenslenkung im
Verkehrssektor aus der Sicht des Klimaschutzes“

verfasst von

Mag. iur. Alexander Rimböck

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur)

Wien, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record
sheet:

Rechtswissenschaften

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. MMag. Dr. Sabine
Kirchmayr-Schliesselberger

1. Beschreibung des Dissertationsvorhabens

1.1. Einleitung

Der Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und erfordert ein globales Handeln. In ihrer Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels als eines der nachhaltigen Entwicklungsziele definiert.¹ Die Maßgeblichkeit des Klimaschutzes wird zudem durch die Verhandlungen im Zuge der Klimakonferenz COP 27 in Sharm El-Sheikh sichtbar.² UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete die derzeitige Situation dabei als „*Highway zur Klimahölle – mit dem Fuß auf dem Gaspedal*“.³ Dem Abgabenrecht kommt im Rahmen des Klimaschutzes eine elementare Rolle zu, indem es als Lenkungsinstrument zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen kann. Die – vom VfGH aus Formalgründen zurückgewiesene – steuerlich motivierte „Klimaklage“⁴ illustriert die hohe gesellschaftspolitische und rechtliche Relevanz des Themenkomplexes.

1.2. Untersuchungsgegenstand und Methodik

Das vorliegende Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit der abgabenrechtlichen Verhaltenslenkung aus der Sicht des Klimaschutzes, wobei der Fokus auf dem Verkehrssektor liegt. Bei der Auslegung von Normen wird auf die anerkannten Grundsätze der juristischen Methodenlehre und Hermeneutik zurückgegriffen.

Im ersten Teil der Arbeit erfolgt eine Systematisierung der rechtlichen Grundlagen, indem das Mehrebenensystem (Völkerrecht, Unionsrecht und nationales Recht) dargestellt wird und die unionsrechtlichen sowie nationalen Kompetenzgrundlagen für Klimaschutzmaßnahmen herausgearbeitet werden. Das Klimaschutzübereinkommen von Paris wurde sowohl von der EU selbst als auch ihren Mitgliedstaaten ratifiziert. Als zentrales Ziel ist vorgesehen, die globale Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2°C zu beschränken und sich um eine Erwärmung auf bloß 1,5°C zu

¹ UN-Generalversammlung, Resolution 70/1, Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development (2015) A/RES/70/1.

² Vgl dazu den Onlineauftritt des UNFCCC zur COP 27, <https://unfccc.int/cop27> (abgerufen am 20.11.2022).

³ *DiePresse*, Guterres bei Klimakonferenz: "Sind auf dem Highway zur Klimahölle", <https://www.diepresse.com/6212144/guterres-bei-klimakonferenz-sind-auf-dem-highway-zur-klimahoelle> (abgerufen am 20.11.2022).

⁴ VfGH 30.9.2020, G 144-145/2020-13, V 332/2020-13. Der Individualantrag betraf die Ungleichbehandlung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs hinsichtlich der Belastung durch die Mineralölsteuer und die Umsatzsteuer. Die Antragsteller*innen sahen darin eine unsachliche Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber dem Schienenverkehr.

bemühen.⁵ Durch das „Europäische Klimagesetz“⁶ erfolgte eine verbindliche Verankerung des Unionsziels, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen auf netto null zu reduzieren und anschließend negative Emissionen anzustreben. Als Zwischenziel sollen die Nettotreibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 %⁷ reduziert werden.

Der zweite Teil des Dissertationsvorhabens illustriert eingangs die Funktionsweise von Abgabenrecht als Lenkungsinstrument. Im Anschluss wird ein Überblick hinsichtlich der Steuerungsinstrumente gegeben. In diesem Zusammenhang dienen unter anderem das Abgabenrecht sowie Emissionshandelssysteme als klimaschutzspezifische Rechtsinstrumente. Während es durch klimafreundliche Anreize zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen kommt, führen klimakontraproduktive Subventionen zu einem negativen Lenkungseffekt. Außerdem werden – insbesondere im Falle bestehender Harmonisierungen durch das Unionsrecht – die Grenzen des nationalen Gestaltungsspielraums aufgezeigt. Dabei sind vor allem die Grundfreiheiten und das europäische Beihilfenrecht zu beachten.

Darauf aufbauend widmet sich der dritte Teil einer Analyse der bestehenden abgabenrechtlichen Regelungen im Verkehrssektor, wobei die gesamte Bandbreite des Abgabenrechts beleuchtet wird. Zu diesem Zweck werden sowohl die klimafreundlichen als auch die klimakontraproduktiven Ausgestaltungen identifiziert und systematisiert. Das Dissertationsvorhaben differenziert dabei nach Abgabenarten und erstreckt sich inter alia auf folgende Bereiche:

- Ertragsteuern (bspw Pendlerpauschale und Sachbezug bei Dienstwägen)
- Umsatzsteuer (bspw Begünstigungen für bestimmte Verkehrsmittel)
- Energiesteuern (bspw Begünstigungen im Rahmen der Mineralölsteuer)
- Transportsteuern (bspw NoVA, Maut und Flugabgabe)
- Ressourcensteuern (Grundsteuer)
- CO₂-Bepreisungen (CO₂-Steuern und Emissionshandel)

⁵ Paris Agreement, angenommen am 12.12.2015, in Kraft getreten am 4.11.2016, 3156 UNTS.

⁶ Verordnung (EU) 2021/1119 des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“), ABI 2021 L 243/1.

⁷ Gegenüber dem Basisjahr 1990.

Abschließend erfolgt eine Gegenüberstellung der kumulierten Be- und Entlastungen unterschiedlicher Verkehrsmittel im Rahmen der diversen Abgabenarten. In diesem Zusammenhang wird eine Bewertung der aktuellen Ausgestaltung vorgenommen und es erfolgen Überlegungen *de lege ferenda*. Das EU-Legislativpaket „Fit für 55“ beinhaltet bereits – unter anderem – Adaptierungsvorschläge für den EU-Emissionshandel und die Energiebesteuerung.⁸ Außerdem werden eigenständige Regelungsvorschläge für zukünftige klimafreundliche Transformationsmöglichkeiten des Abgabenrechts ausgearbeitet.

1.3. Forschungsstand

Die generelle Lenkungswirkung des Abgabenrechts wird bereits in einigen Grundsatzwerken thematisiert.⁹ Hinsichtlich des Klimaschutzes beschränkt sich der Forschungsstand jedoch auf einzelne Abgabenarten (bspw die CO₂-Besteuerung) oder es erfolgt eine eher allgemeine Betrachtung ohne Fokus auf einen konkreten Sektor.¹⁰ In zahlreichen Werken mit Klimaschutzbezug ist das Abgabenrecht zudem entweder nicht prominent vertreten oder gar nicht enthalten.¹¹ Außerdem spiegelt das Schrifttum aufgrund der Schnelllebigkeit der Materie oftmals nicht die aktuelle Rechtslage wider.

1.4. Zielsetzungen

Im Zuge des Dissertationsprojekts wird die abgabenrechtliche Ausgestaltung des Verkehrssektors aus der Sicht des Klimaschutzes analysiert. Darauf aufbauend erfolgen Änderungsvorschläge für eine klimafreundlichere Ausgestaltung. Der gewählte Ansatz ermöglicht eine im wissenschaftlichen Diskurs noch nicht vorhandene Systematisierung des abgabenrechtlichen Lenkungspotentials für Klimaschutzmaßnahmen und illustriert dieses anhand des Verkehrssektors. Das Dissertationsvorhaben widmet sich somit einem konkreten Sektor und geht auf sämtliche relevante Abgaben ein. In diesem Zusammenhang stellen sich insbesondere folgende Forschungsfragen:

⁸ Mitteilung der Kommission – „Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030, COM (2021) 550 final vom 14.7.2021.

⁹ Vgl insb *Ruppe*, Das Abgabenrecht als Lenkungsinstrument der Gesellschaft und Wirtschaft und seine Schranken in den Grundrechten – Verhandlungen des Achten Österreichischen Juristentages Band I/1A (1982); *Wernsmann*, Verhaltenslenkung in einem rationalen Steuersystem (2005).

¹⁰ Vgl bspw *Damberger*, CO₂-Steuern (2021); *Stahlschmidt*, Umweltsteuern und Umweltabgaben in der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland (2003).

¹¹ Vgl bspw *Ennöckl/Rauschauer/Wessely* (Hrsg), Handbuch Umweltrecht³ (2019); *Epiney*, Umweltrecht der Europäischen Union⁴ (2019).

- Welche rechtlichen Grundlagen bestehen im Mehrebenensystem (Völkerrecht, Unionsrecht und nationales Recht) für den Klimaschutz?
- Im Rahmen welcher Kompetenzgrundlagen können die EU und Österreich klimaschutzspezifische Abgabenregelungen erlassen?
- Auf welche Weise können Abgaben zur Verhaltenslenkung eingesetzt werden?
- Über welchen Gestaltungsspielraum verfügt der nationale Gesetzgeber und wo liegen seine Begrenzungen?
- Welche Verkehrsmittel und Kraftstoffe zählen zum Verkehrssektor?
- Wie ist der Verkehrssektor aus abgabenrechtlicher Sicht aktuell ausgestaltet?
- Inwiefern sind abgabenrechtliche Regelungen als klimakontraproduktive Subventionen zu qualifizieren und an welcher Stelle finden sich bereits klimafreundliche Anreize?
- Welche rechtlichen Hindernisse bestehen für eine Abänderung der aktuellen Regelungen?
- Wie hoch ist die abgabenrechtliche Gesamtbelastung pro Verkehrsmittel im Zuge einer Gegenüberstellung?
- Welche Änderungsvorschläge für eine klimafreundlichere Ausgestaltung bestehen bereits und wie könnte man diese ergänzen?

2. Sach- und Finanzmittel

Im Rahmen des Dissertationsvorhabens wird primär auf die bestehenden Ressourcen der Universität Wien zurückgegriffen. Die Recherche erfolgt überwiegend in Bibliotheken und Online-Datenbanken, weshalb keine speziellen Sach- oder Finanzmittel benötigt werden.

3. Zeitplan

Es wurden bereits sämtliche vom Curriculum vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen positiv abgeschlossen. Die Finalisierung des Dissertationsvorhabens soll Ende Sommer/Anfang Herbst 2023 erfolgen. Im Anschluss sind die Einreichung der finalen Version und der Antritt zur Defensio geplant.

4. Auszüge aus der vorläufigen Gliederung

Erster Teil: Naturwissenschaftliche und rechtliche Grundlagen des Klimaschutzes

1. Naturwissenschaftliche Grundlagen des Klimaschutzes
2. Rechtliche Grundlagen des Klimaschutzes
 - 2.1. Klimaschutzrecht als Teil des Umweltrechts
 - 2.2. Ausgewählte Grundprinzipien des Umweltrechts
 - 2.3. Völkerrecht
 - 2.3.1. Ausgewählte Grundprinzipien des Umweltvölkerrechts
 - 2.3.2. Völkerrechtliche Verträge
 - 2.3.3. Agenda 2030
 - 2.4. Unionsrecht
 - 2.4.1. EU als Mitglied völkerrechtlicher Klimaschutzinstrumente
 - 2.4.2. Primärrecht
 - 2.4.3. Kompetenzverteilung
 - 2.4.4. Klimapolitischer Rahmen
 - 2.4.5. Ausgewählte Sekundärrechtsakte
 - 2.5. Nationales (österreichisches) Recht
 - 2.5.1. BVG Nachhaltigkeit
 - 2.5.2. Kompetenzverteilung
 - 2.5.3. Nationale Strategien
 - 2.5.4. Ausgewählte einfachgesetzliche Regelungen
 - 2.6. Grundrechte als Motor des Klimaschutzes
 - 2.6.1. (K)Ein Grundrecht auf Klimaschutz
 - 2.6.2. Klimaschutzklagen

Zweiter Teil: Abgabenrecht als Lenkungsinstrument

1. Abgabenbegriff
 - 1.1. Europäische Union
 - 1.2. Österreich
2. Klimaschutzspezifische Rechtsinstrumente
3. Nationaler abgabenrechtlicher Gestaltungsspielraum
 - 3.1. Abgabenrechtliche Verhaltenslenkung
 - 3.1.1. Allgemeines
 - 3.1.2. Judikaturbeispiele zum Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers
 - 3.1.3. Potenzielle Ausgestaltungsformen
 - 3.2. Verhältnis von Materien- und Abgabenkompetenz
 - 3.2.1. Abgrenzung der Kompetenzen
 - 3.2.2. Missbrauch der Abgabenform

- 3.3. Klimaschutz
 - 3.3.1. Abgabenrechtliche Anreize für klimafreundliches Verhalten
 - 3.3.2. Abgabenrechtliche Subventionen für klimakontraproduktives Verhalten
- 4. Grenzen des nationalen abgabenrechtlichen Gestaltungsspielraums
 - 4.1. Sekundärrechtliche Harmonisierungen des Abgabenrechts
 - 4.1.1. Nichtvorliegen einer unionsrechtlichen Harmonisierung
 - 4.1.2. Vorliegen einer unionsrechtlichen Harmonisierung
 - 4.2. Unionsrechtliche Grundfreiheiten
 - 4.2.1. Warenverkehrsfreiheit
 - 4.2.2. Diskriminierungsverbot im Rahmen warenbezogener inländischer Abgaben
 - 4.2.3. Dienstleistungsfreiheit
 - 4.3. Unionsrechtliches Beihilfenrecht
 - 4.3.1. Allgemeines Beihilfenverbot
 - 4.3.2. Zulässigkeit staatlicher Beihilfen
 - 4.4. Grundrechte
 - 4.4.1. Allgemeines
 - 4.4.2. Allgemeiner Gleichheitssatz
 - 4.4.3. Eigentums- und Erwerbsfreiheit

Dritter Teil: Abgabenrechtliche Regelungen im Verkehrssektor

- 1. Überblick
- 2. Umfang und Einfluss des Verkehrssektors
 - 2.1. Verkehrsmittel
 - 2.2. Energieträger
 - 2.3. Einfluss des Verkehrssektors auf den Klimawandel
- 3. Ertragsteuern
 - 3.1. Allgemeines
 - 3.2. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
 - 3.3. Betriebliche Einkünfte
 - 3.4. Änderungsvorschläge
- 4. Umsatzsteuer
 - 4.1. Unionsrechtliche Grundlagen
 - 4.2. Lieferung eines Verkehrsmittels
 - 4.3. Lieferung von Treibstoff
 - 4.4. Beförderungsdienstleistungen
 - 4.5. Änderungsvorschläge

- 5. Energiesteuern
 - 5.1. Unionsrechtliche Grundlagen
 - 5.1.1. VerbrauchsteuersystemRL
 - 5.1.2. Energiesteuerrichtlinie
 - 5.2. Mineralölsteuer
 - 5.3. Elektrizitätsabgabe
 - 5.4. Erdgasabgabe
 - 5.5. Auswirkungen der Energiepreiskrise
 - 5.6. Änderungsvorschläge
- 6. Transportsteuern
 - 6.1. NoVA
 - 6.2. Motorbezogene Versicherungssteuer
 - 6.3. Kfz-Steuer
 - 6.4. Straßenmaut- und Benutzungsgebühren
 - 6.5. Flugabgabe
 - 6.6. Änderungsvorschläge
- 7. Ressourcensteuern
 - 7.1. Grundsteuer
 - 7.2. Änderungsvorschläge
- 8. CO₂-Bepreisung
 - 8.1. Zertifikatehandel
 - 8.1.1. Europäischer Emissionshandel
 - 8.1.2. CORSIA
 - 8.1.3. Änderungsvorschläge
 - 8.2. CO₂-Besteuerung
 - 8.2.1. Allgemeines
 - 8.2.2. Nationale CO₂-Besteuerung
 - 8.2.3. Änderungsvorschläge
- 9. Gegenüberstellung und Reformvorschläge
 - 9.1. Gesamtbelastung nach Art des Verkehrsmittels
 - 9.2. Zusammenfassung der Reformvorschläge

5. Auszüge aus dem vorläufigen Quellenverzeichnis

5.1. Monografien

Bieber, Verbrauchsteuern in Österreich (2012).

Damberger, CO₂-Steuern (2021).

Epiney, Umweltrecht der Europäischen Union⁴ (2019).

Frenz, Grundzüge des Klimaschutzrechts (2020).

Kokott, Das Steuerrecht der Europäischen Union (2018).

Schnedl, Umweltrecht (2020).

Storr, Energierecht (2022).

Wernsmann, Verhaltenslenkung in einem rationalen Steuersystem (2005).

5.2. Sammelwerke

Blecha, Die gescheiterte "Klimaklage" gegen Begünstigungen für die Luftfahrt, in *Baumgartner* (Hrsg), Jahrbuch Öffentliches Recht (2021) 127-174.

Englisch, Das Beihilfenverbot im Steuerrecht, in *Schaumburg/Englisch* (Hrsg), Europäisches Steuerrecht² (2020) 377-446.

Fitz/Ennöckl, Klimaschutzrecht, in *Ennöckl/Rauschauer/Wessely* (Hrsg), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 757-801.

Geretschläger/Kerschner, Steuern und Förderungen, in *Christian/Kerschner/Wagner* (Hrsg), Rechtsrahmen für eine Energiewende Österreichs (2016) 453-485.

Holoubek, Grundrechtsschutz vor neuen Herausforderungen, in *Österreichischer Juristentag* (Hrsg), Verhandlungen des Einundzwanzigsten Österreichischen Juristentages Band I/1 (2022).

Lang, Wirtschaftsverfassung und Finanzverfassung, in *Holoubek/Kahl/Schwarzer* (Hrsg), Wirtschaftsverfassungsrecht (2022) 505-536.

Morscher, Das Abgabenrecht als Lenkungsinstrument der Gesellschaft und Wirtschaft und seine Schranken in den Grundrechten, in *Österreichischer Juristentag* (Hrsg), Verhandlungen des Achten Österreichischen Juristentages Band I/1B (1982).

Raschauer, Abgabenbegriff und Rechtsformenmißbrauch, in *Doralt/Gassner/Lechner/Ruppe/Tanzer/Werndl* (Hrsg), Steuern im Rechtsstaat – Festschrift für Gerald Stoll (1990) 213-228.

Ruppe, Altes und Neues zum Abgabenbegriff, in *Tanzer* (Hrsg), Die BAO im 21. Jahrhundert – FS Stoll (2005).

Ruppe, Das Abgabenrecht als Lenkungsinstrument der Gesellschaft und Wirtschaft und seine Schranken in den Grundrechten, in *Österreichischer Juristentag* (Hrsg), Verhandlungen des Achten Österreichischen Juristentages Band I/1A (1982).

Ruppe, Verfassungsrechtliche Vorgaben für Umweltabgaben, in *Bernat/Böhler/Weilinger* (Hrsg), Zum Recht der Wirtschaft – Festschrift für Heinz Krejci Band II (2001) 2079-2094.

Ruppe, Verfassungsrechtliche Schranken der Gesetzgebung im Steuerrecht, in *Österreichische Juristenkommission* (Hrsg), Rechtsstaat – Liberalisierung und Strukturreform (1998) 119-149.

Unger, Verfassungsrechtliche Vorgaben für CO₂- und Umweltsteuern in Österreich, in *Kirchengast/Schnedl/Schulev-Steindl/Steininger* (Hrsg), CO₂- und Umweltsteuern (2020) 172-194.

Urnik/Fritz-Schmied, Grundlagen des österreichischen Abgabensystems, in *Bertl/Djanani/Eberhartinger/Hirschler/Kanduth-Kristen/Kofler/Tumpel/Urnik* (Hrsg), Handbuch der österreichischen Steuerlehre Band I Teil 1 – Theorien und Methoden, Steuerarten und Abgabenverfahren⁴ (2015) 27-37.

5.3. Kommentare

Calliess/Ruffert (Hrsg), EUV/AEUV⁶ (2022).

Doralt/Kirchmayr/Mayr/Zorn (Hrsg), EStG²³ (2022).

Jaeger/Stöger (Hrsg), EUV/AUEV (Stand 1. 10. 2022, rdb.at).

Kneihls/Lienbacher (Hrsg), Rill-Schäffer-Kommentar Bundesverfassungsrecht Band 11²⁵ (2020).

Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht Band III/1 – Sonstiges Verfassungsrecht¹² (2016).

Pechstein/Nowak/Häde (Hrsg), Frankfurter Kommentar EUV/GRC/AEUV (2017).

Ruppe/Achatz (Hrsg), UStG⁵ (2017).

Streinz (Hrsg), EUV/AEUV³ (2018).

Vedder/Heintschel von Heinegg (Hrsg), Europäisches Unionsrecht² (2018).

von der Groeben/Schwarze/Hatje (Hrsg), Europäisches Unionsrecht⁷ (2015).

5.4. Zeitschriftenbeiträge

Anderwald, Gestaltungsspielraum des Abgabengestetzgebers im Lichte des Vermögensschutzes der Eigentumsgarantie, ÖStZ 2022, 404.

Bieber, Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Energiesteuerrechts, RdU 2021, 105.

Bieber/Reindl/Summersberger, (R)Evolution der Energiebesteuerung? SWI 2021, 469.

Damberger, Steuerliche Begünstigungen für Biokraftstoffe und Beihilfenrecht, ÖStZ 2020, 624.

Damberger/Thummet, Die (offene) Zukunft der CO₂-Bepreisung in der EU, RdU 2022, 53.

Ebner, Zurückweisung des Individualantrags auf Aufhebung von Steuerbefreiungen für die Personenbeförderung mit Luftfahrzeugen im UStG 1994 und MineralölsteuerG, ÖStZB 2021, 309.

Ehrke-Rabel, Die ökosoziale Steuerreform 2022 im europäischen Kontext, taxlex 2022, 3.

Ennöckl, Wie kann das Recht das Klima schützen? ÖJZ 2020, 302.

Frenz, Nachhaltige Wirtschaftswende nach dem EU-Klimapaket "Fit for 55", EWS 2021, 241.

Herzele/Wixforth, Förderungen von Erneuerbaren Energien: Eine Nagelprobe für eine klimafreundliche EU, BRZ 2021, 55.

Högelsberger, Steuern im Verkehrssektor: Weit weg von Kostenwahrheit, Fairness und Umweltbewusstsein, juridikum 2019, 533.

Koch, Klimaschutzrecht: Ziele, Instrumente und Strukturen eines neuen Rechtsgebietes, NVwZ 2011, 641.

Maaß, Der Europäische Green Deal als Grundlage nachhaltigen Klimaschutzes, NR 2022, 18.

Marhold/Schranz/Weinberger, Klimagerechtigkeit in Österreich, juridikum 2022, 106.

Nimmerfall, Fit-for-55 Das neue Klimapaket der Europäischen Kommission, RdW 2021, 534.

Pallitsch/Reisinger/Ullreich, Der European Green Deal – Ein gewaltiger Sprung für Europa, NR 2021, 117.

Rathmayer, Fehlende Kostenwahrheit im Straßenverkehr, juridikum 2019, 544.

Rebernik, Fit for 55: Europas Fahrplan für die Klimaneutralität bis 2050, NR 2022, 217.

Ruppe, Finanzverfassungsrechtliche Aspekte der Abgabenerhebung, JBI 1989, 706.

Saurer, Klimaschutz global, europäisch, national – Was ist rechtlich verbindlich? NVwZ 2017, 1574.

Schlacke, Klimaschutzrecht im Mehrebenensystem, NVwZ 2022, 905.

Schneider, Verfassungs- und europarechtliche Schranken einer österreichischen Klimaschutzpolitik, ÖZW 2021, 95.

Schulev-Steindl/Romirer/Liebenberger, Mobilitätswende: Klimaschutz auf dem rechtlichen Prüfstand (Teil 2), RdU 2022, 5.

Schulev-Steindl/Romirer/Liebenberger, Mobilitätswende: Klimaschutz auf dem rechtlichen Prüfstand (Teil 1), RdU 2021, 237.

5.5. Judikatur

VfGH 26.6.1963, B 476/62 VfSlg 4466.

VfGH 14.12.1978, G 82/78 VfSlg 8457.

VfGH 12.3.1985, G 2/85 VfSlg 10403.

VfGH 9.3.1994, B 278/93 ua VfSlg 13718.

VfGH 30.9.2020, G 144/2020 ua.